



Der Krieg in der Golfregion und die Notwendigkeit einer neuen Nahost-Strategie

von Stefan Lukas

Die sicherheitspolitische Lage in der Golfregion und dem Nahen Osten hat sich seit März 2026 deutlich verschärft. Mehrere Konflikte überlagern sich, wodurch sich weite Teile der Region de facto in einem Kriegszustand befinden. Gleichzeitig verfolgen die USA und Israel zunehmend vorrangig militärisch geprägte Strategien, während diplomatische Ansätze an Bedeutung verlieren. Für Deutschland und Europa ergibt sich daraus ein spürbarer Verlust an Einfluss. Die Entwicklungen zeigen, dass eine neue deutsche Nahoststrategie notwendig ist, die stärker auf Kooperation und Vernetzung mit anderen globalen Mittelmächten sowie auf wirtschaftliche und technologische Resilienz setzt.

Der Anfang 2026 begonnene Krieg der USA und Israels gegen Iran hat eine neue Phase offener militärischer Konfrontation eingeleitet und die sicherheitspolitische Ordnung im Nahen Osten wesentlich verändert. Auch wenn es gelingen sollte, eine tragfähige Waffenruhe und weitergehende Friedensvereinbarungen umzusetzen, wird die gesamte Region auf absehbare Zeit von Volatilität, umfassenden Eskalationsrisiken und innerstaatlichen Spannungen vielerorts geprägt bleiben.¹ Anders als in früheren Eskalationen in der Region handelt es sich mittlerweile um eine Verdichtung mehrerer Konflikte, die sich gegenseitig verstärken: die direkte Konfrontation zwischen Iran und Israel, die Blockade der Straße von Hormus, die anhaltenden Kampfhandlungen im Gazastreifen, die erneuten Gefechte zwischen israelischer Armee und Hisbollah im Südlibanon und schließlich die massiven iranischen Luftschläge gegen Einrichtungen in den Golfstaaten, welche es in dieser Qualität so bisher noch nie gab. Die globale Dimension dieses multiplen Konfliktgemenges zeigt sich insbesondere in den Konsequenzen für die weltweite Energieversorgung. Durch die Straße von Hormus wurden zuvor rund 23 Prozent des weltweit gehandelten Rohöls transportiert – etwa 20 Millionen Barrel pro Tag, wie [Daten der U.S. Energy Information Administration](#) zeigen. Schon in der Vergangenheit führten bereits einzelne Drohungen Irans, Tanker zu kontrollieren oder den Schiffsverkehr zu stören, regelmäßig zu Preisschwankungen auf den Energiemärkten. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass von Iran durchgeführte oder beauftragte Drohnen- und Raketenangriffe gegen Ölindustrie und logistische Infrastruktur in Saudi-Arabien und im Irak unmittelbare Auswirkungen auf globale Lieferketten haben.

Für Deutschland und andere europäische Staaten entsteht daraus ein grundsätzliches Problem. Denn die Region bleibt für Energie, Handel und Sicherheit sehr relevant, während die eigenen politischen Einflussmöglichkeiten gleichzeitig abnehmen. Der Versuch, über multilaterale Instrumente wie das 2015 geschlossene Atomabkommen mit Iran Stabilität zu schaffen, ist faktisch gescheitert, und neue Formate sind bislang nicht in Sicht. In dieser Situation wird deutlich, dass eine Neuausrichtung der deutschen Politikansätze im Umgang mit der Region des Nahen und Mittleren Ostens notwendig ist, die stärker von realpolitischen Überlegungen und weniger von normativen Erwartungen geprägt sein muss.

¹Zu Redaktionsschluss lässt sich nur schwer absehen, ob der bestehende, sehr brüchige Waffenstillstand zwischen den USA und dem Iran sowie Israel und der Libanesischen Zentralregierung anhält. Seit seiner Verkündung kam es immer wieder zu militärischen Spannungen sowie gegenseitigem Beschuss, und US-Präsident Trump erklärte die Waffenruhe auf dem NATO-Gipfel in Ankara am 8. Juli für beendet. Dies erschwert die Verhandlungen zwischen Washington und Teheran unter Vermittlung von Katar und Pakistan immens. Ein nachhaltiges Konzept für ein Friedensabkommen ist daher zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Arbeitspapiers nicht absehbar.

Desolate Eskalationspolitik in der Region

Die aktuelle Eskalationsdynamik ist maßgeblich durch das Agieren der Vereinigten Staaten und Israels geprägt, die beide verstärkt auf militärische Instrumente setzen und gleichzeitig diplomatische Spielräume verengen. Ein Rückblick: Bereits die Konfliktodynamik der Jahre von 2010 bis 2020 war von großer Ambivalenz geprägt: In der europäischen Öffentlichkeit stand das 2015 geschlossene Atomabkommen mit Iran im Mittelpunkt der Diskussion. Hier kooperierte Teheran einerseits angesichts der Kombination aus diplomatisch-militärischem Druck und politisch-wirtschaftlichen Anreizen. Andererseits trieb Iran im Hintergrund die Stärkung terroristischer Organisationen in der Region voran, rüstete sein Flugkörperarsenal umfassend auf und baute sein politisches Netzwerk in der Region vom Libanon bis in den Jemen aus. Wenngleich all diese Maßnahmen nicht gegen das geschlossene Atomabkommen verstießen, so erhöhten sie doch die zwischen- und innerstaatlichen Spannungen in der Region massiv. Während die US-Administration unter Präsident Donald Trump das Abkommen 2018 einseitig aufkündigte und zu einer „Maximum Pressure“-Strategie überging, hielten die europäischen Staaten anfangs zumindest im Grundsatz an einer kooperativen Lösung fest.

Die im Januar 2025 ins Amt gekommene zweite Trump-Regierung hat die amerikanische Iran-Politik erneut radikalisiert und knüpft nicht nur an die „Maximum Pressure“-Strategie der Jahre 2018 bis 2020 an, sondern verschärft diese durch militärische Eskalation. Schon vor dem Krieg zeigte sich das auf mehreren Ebenen: Erstens weiteten die USA bestehende Sanktionen gegen den Iran stark aus, insbesondere im Energiesektor, wodurch die iranischen Ölexporte massiv eingeschränkt und selbst Abnehmerstaaten wie Indien und China unter Zugzwang gesetzt werden sollten. Zweitens erhöhten die USA ihre militärische Präsenz in der Region deutlich, insbesondere durch zusätzliche Flugzeugträgergruppen und zusätzliche Luftverteidigungssysteme. Drittens reagierte Washington routinemäßig mit direkten Militärschlägen auf Angriffe pro-iranischer Milizen, etwa gegen Stützpunkte im Irak, Iran und in Syrien. Und viertens griffen die USA im Juni 2025 mit Israel abgestimmt iranische Nuklearanlagen an, mit dem Ziel, das Atomprogramm entscheidend zu schwächen. Während all diese Maßnahmen und ihre Folgen noch vergleichsweise begrenzt waren, sorgte der Krieg ab Februar 2026 für eine extreme Beschleunigung der Eskalationsspirale mit Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft.

Das zentrale Problem dieses Vorgehens liegt weniger in ihrer Härte als in ihrer Inkonsistenz. Während die USA einerseits maximalen Druck auf Iran ausüben, fehlt gleichzeitig jede ernsthafte diplomatische Initiative, die einen Ausweg aus dieser Dynamik bieten könnte. Anders zu Zeiten der Atomverhandlungen besteht kein funktionierender Gesprächsrahmen mehr. Die Politik reduziert sich de facto auf Drohung, Aktion und Reaktion – ein Vorgehen, das kurzfristig wirksam sein kann, langfristig jedoch die Instabilität verschärft. Auch die Entwicklungen seit den im Juni 2026 aufgenommenen Verhandlungen zeigen dies deutlich. Noch während die ersten Gespräche zwischen dem Oman, den USA und dem Iran zu technischen Fragen der Passage der Straße von Hormus liefen, kam es zu Brüchen der ursprünglich ausgerufenen Waffenruhe. Die Erarbeitung eines für alle Seiten geltenden Abkommens stand damit wieder in Frage.

Hinzu kommt, dass die US-Politik unter Trump deutlich weniger Rücksicht auf europäische Interessen nimmt. Die einseitige Aufkündigung des Atomabkommens durch die erste Trump-Administration 2018 wirkt bis heute nach, und auch aktuelle Entscheidungen stimmt sie kaum mit europäischen Partnern ab. Für Deutschland bedeutet dies eine doppelte Schwächung: einerseits durch den Verlust eines wichtigen diplomatischen Instruments, andererseits durch den Ausschluss aus wichtigen Entscheidungsprozessen.

Noch deutlicher zeigen sich die Probleme in der Politik der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu. Nach dem massiven Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben die militärischen Operationen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen und im Libanon ein Ausmaß erreicht, das weit über frühere Kriege in der Region hinausgeht. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in den Kampfzonen zehntausende Menschen ums Leben gekommen und ein Großteil der zivilen Infrastruktur wurde zerstört. Diese Zahlen sind nicht nur humanitär dramatisch, sondern haben auch erhebliche politische Folgen, da sie die internationale Legitimität israelischer Maßnahmen untergraben und zu einer nie dagewesenen Erosion der Unterstützung durch westliche Staaten einschließlich Deutschlands führen.

Gleichzeitig verfolgt Israel eine aggressive, auf militärische Mittel begründete Strategie gegen iranische Einflusstrukturen in der Region. Dazu zählen Luftschläge gegen Waffenlieferungen an pro-iranische Milizen und deren militärische Infrastruktur in Syrien und dem Irak sowie eine immer stärkere militärische Präsenz an der Grenze zum Libanon, auf die inzwischen eine Besetzung weiter Gebiete im Süden des Nachbarlandes gefolgt ist. Diese Politik folgt einer israelischen Sicherheitsdoktrin, die auf Prävention und Abschreckung setzt und die reale Bedrohung durch Iran und seine Verbündeten als existenziell bewertet. Allerdings führt die Umsetzung dieser Doktrin in der aktuellen Form zu einer (sicherheits-)politischen Sackgasse. Denn kurzfristige militärische Erfolge gehen mit langfristigen politischen Kosten einher, während eine nachhaltige Lösung für die zugrundeliegenden Konflikte, insbesondere die Frage der politischen Zukunft Gazas sowie die Auseinandersetzung mit dem Regime im Teheran, nicht erkennbar ist.

Die Kombination aus US-amerikanischer Eskalationspolitik und Israels ausschließlich auf aggressives, militärisches Vorgehen ausgerichteter Strategie führt somit zu einer Situation, in der sich die regionalen Konflikte eher verfestigen als gelöst werden. Für dritte Akteure wird es dabei immer schwieriger, vermittelnd einzuwirken, da sowohl Washington als auch Jerusalem wenig Interesse an multilateralen Lösungen zeigen.

Russland und China sind, wenngleich militärisch nicht direkt involviert, doch an der Gemengelage beteiligt. Vor allem profitiert Russland politisch von einer Überlastung westlicher Aufmerksamkeit, von höheren Energiepreisen und auch vom Verbrauch von Munition derselben US-Waffensysteme, welche die Ukraine dringend zur Verteidigung und andere europäische Staaten zur Abschreckung benötigen. Zugleich hat Russland die Kooperation mit Iran seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine in militärischen und wirtschaftlichen Fragen vertieft, wenngleich auch diese Partnerschaft ihre Grenzen kennt. China wiederum ist als großer Energieimporteur auf Stabilität in der Golfregion angewiesen, unterhält aber parallele Beziehungen zu Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Peking vermeidet dabei offene sicherheitspolitische Festlegungen und setzt eher auf wirtschaftliche Verflechtung, Infrastrukturprojekte und diplomatische Vermittlungsangebote. Beide Akteure tragen dadurch zu einer stärkeren Multipolarisierung der Region bei, ohne aber selbst Elemente einer tragfähigen regionalen Sicherheitsordnung anzubieten.

Die Ohnmacht der Mittelmächte

Vor dem Hintergrund der aktuellen Eskalation wird die außenpolitische Machtlosigkeit von Staaten mit vergleichbar gelagerten Interessen an Stabilität und Energieimport wie Deutschland, Frankreich, Japan, Indien oder Südkorea besonders sichtbar, weil sich ihre Reaktionsmuster zwar unterscheiden, im Ergebnis jedoch ähnliche Defizite aufweisen: starke wirtschaftliche Betroffenheit bei gleichzeitig begrenzter sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit beziehungsweise Einflussmöglichkeit. Während europäische Staaten zumindest in der Iran-Frage rhetorisch geschlossen auftreten, zeigt sich in Asien ein differenzierteres, aber außenpolitisch kaum wirksameres Bild.

Deutschland und Frankreich haben zwar mehrfach Waffenruhen und Deeskalation gefordert sowie parallel ihre humanitäre Unterstützung für den Gazastreifen ausgeweitet, bleiben jedoch politisch marginalisiert. Ein konkretes Beispiel ist die wiederholte Unterstützung humanitärer Hilfskorridore nach Gaza über Ägypten, die zwar logistisch relevant sind, aber keinen Einfluss auf die gesamte Dynamik in der Region entfalten. Auch diplomatische Initiativen im Rahmen der Vereinten Nationen sind bislang weitgehend folgenlos geblieben, da sie entweder blockiert oder durch konkurrierende Interessen abgeschwächt wurden. Hinzu kommt, dass die Regierungen in Frankreich, Spanien und Italien eine entgegengesetzte Positionierung zur aktuellen Regierung Netanjahu haben, als beispielsweise die gegenwärtige Bundesregierung.

Ähnlich symptomatisch ist das Verhalten Japans in der aktuellen Krise. Tokio ist in besonderem Maße von Stabilität im Nahen Osten abhängig: Rund 90 Prozent der japanischen Rohölimporte stammen aus der Golfregion, ein Großteil davon aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese Abhängigkeit hat Japan seit März 2026 zu einer Reihe konkreter Maßnahmen veranlasst, die jedoch zugleich von großer Zurückhaltung geprägt sind. So hat es seine bereits bestehende, unilaterale [maritime Überwachungsmission](#) im Golf von Oman erneut verlängert und personell verstärkt, mit dem Ziel, weiterhin die Sicherheit japanischer Handelsschiffe zu gewährleisten. Gleichzeitig hat Tokio versucht, eine vermittelnde, diplomatische

Rolle einzunehmen, etwa durch Gespräche mit dem Iran und den Golfstaaten auf hoher politischer Ebene. Diese Initiativen bleiben jedoch bewusst niedrigschwellig und vermeiden jede klare Positionierung gegenüber den USA oder Israel – zu groß ist auch hier die Abhängigkeit von Washington. Tokio bewegt sich damit in einem engen Spannungsfeld: Japan will seine Energieversorgung sichern und gleichzeitig die strategische Partnerschaft mit den USA nicht gefährden. Das Ergebnis ist eine Politik, die zwar an der Stabilität in der Region ausgerichtet ist, aber kaum Einfluss auf die eigentliche Konfliktodynamik nehmen kann.

Indien verfolgt demgegenüber einen sichtbar aktiveren, aber ebenso begrenzten Ansatz. Seit März 2026 hat Neu-Delhi seine diplomatischen Aktivitäten deutlich intensiviert, insbesondere gegenüber den Golfstaaten, mit denen Indien enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält. Gleichzeitig bleibt Indien über direkte und indirekte Wege einer der größten Abnehmer iranischen Öls und hat daher ein erhebliches Interesse an stabilen Beziehungen zu Teheran. Ein konkretes Beispiel für Indiens Strategie ist zudem der Versuch, den eigenen *North-South Transport Corridor* (NSTC) trotz der aktuellen Eskalation weiter voranzutreiben. Dieses Logistikprojekt, das Indien über Bandar Abbas im Iran mit Russland und Europa verbinden soll, ist für Neu-Delhi von erheblicher strategischer Bedeutung, da es eine Alternative zur chinesischen *Belt-and-Road-Initiative* bieten könnte. Die Ereignisse seit März 2026 haben jedoch gezeigt, wie anfällig dieses Projekt ist: Jede weitere Eskalation in Iran gefährdet nicht nur die Investitionen vor Ort, sondern die gesamte politische Grundlage des Korridors.

Darüber hinaus hat Indien seine [sicherheitspolitische Kooperation mit den Golfstaaten](#) verstärkt, insbesondere im maritimen Bereich. Gemeinsame Marineübungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien sind Ausdruck eines vorsichtigen Versuchs, die eigene Rolle in der Region auszubauen, ohne sich direkt in die Konflikte hineinziehen zu lassen. Nichtsdestotrotz vermeidet Neu-Delhi bewusst jede klare Positionierung im Konflikt zwischen Iran und Israel, um seine Beziehungen zu beiden Seiten nicht zu gefährden. Diese strategische Ambivalenz ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer bewussten Balancepolitik. Indien versucht, gleichzeitig als Partner der USA, als Akteur im globalen Süden und als eigenständige Regionalmacht zu agieren. In der aktuellen Krise zeigt sich jedoch, dass diese Mehrfachrolle auch zu Einschränkungen führt: Je stärker Indien versucht, alle Optionen offenzuhalten, desto geringer wird seine Fähigkeit, tatsächlich Einfluss zu nehmen.

Auch andere Mittelmächte wie Südkorea oder Indonesien bewegen sich in ähnlichen Mustern. Südkorea hat im Zuge des Ukraine-Krieges seine Energieversorgung abgesichert und als Reaktion auf den Krieg in der Golfregion die Beobachtung maritimer Risiken intensiviert, vermeidet jedoch jede politische Positionierung. Indonesien wiederum setzt weiterhin auf multilaterale Foren und diplomatische Appelle, bleibt aber aufgrund begrenzter Ressourcen ein Randakteur. Auch wenn dies nur ein kurzer Abriss ist, so zeigt er doch das Dilemma von Mittelmächten, egal ob in Europa oder Asien. Sie reagieren rational auf die Krise, indem sie versuchen, ihre unmittelbaren Interessen abzusichern: Energieversorgung, Handelssicherheit, politische Stabilität. Gleichzeitig gelingt es ihnen jedoch nicht, diese Interessen in eine abgestimmte und gemeinsame Strategie zu überführen. Genau hier liegt die eigentliche Schwäche: nicht in fehlenden Ressourcen, sondern in mangelnder Koordination und ausbleibender politischer Risikobereitschaft.

Ansätze für eine neue Nahost-Strategie

Vor diesem Hintergrund muss eine kohärente deutsche Nahoststrategie deutlich realistischer und zugleich ambitionierter sein. Der zentrale Ansatzpunkt liegt in der systematischen Vernetzung mit anderen Mittelmächten, die ähnliche Interessen verfolgen, jedoch bislang unkoordiniert agieren. Ansätze wie die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherungsmission für die Straße von Hormus unter französischer Koordinierung können hier ein richtiger erster Schritt sein. Denn zu oft ziehen Paris, Berlin, London, Rom, Madrid und Warschau aufgrund innenpolitischer Debatten an unterschiedlichen Strängen, was die einzelnen Positionen in der Auseinandersetzung mit Washington schwächt und die Kooperation mit asiatischen Partnern behindert. Insbesondere bei der Energieversorgung sowie der Außen- und Sicherheitspolitik müssen angepasste Formate der Partnerschaft organisiert werden und Ansätze wie etwa der Indien-Nahost-Europa-Korridor, welcher 2023 unter dem indischen G20-Vorsitz initiiert worden war, auch ohne das mittlerweile ausbleibende US-Engagement vorangetrieben werden. Konkrete Schritte können außerdem die engere Zusammenarbeit mit Japan, den

Golfstaaten und Indien bei Energiesicherheit und Entwicklungspolitik sein. Gemeint ist damit weniger eine unmittelbare Befriedung der komplexen Konfliktlinien zwischen Iran, Israel und den arabischen Staaten. Realistischer wäre ein funktionaler Ansatz in angrenzenden Handlungsfeldern, in denen sich Interessen überlappen: maritime Sicherheit im Golf von Oman, im Roten Meer und im Golf von Aden, Schutz kritischer Energie- und Dateninfrastruktur, Resilienz von Lieferketten sowie gemeinsame Energie- und Entwicklungsprojekte in Nordostafrika und am Horn von Afrika. Solche Formate würden die Kernkonflikte nicht lösen, könnten aber Verwundbarkeiten reduzieren und Vertrauen zwischen europäischen, asiatischen und regionalen Partnern schaffen. Deutschland hat bereits erste Wasserstoffpartnerschaften mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien aufgebaut, doch diese sind bislang nicht Teil eines übergeordneten, strategischen Ansatzes. Eine koordinierte europäisch-asiatische Zusammenarbeit könnte hier deutlich größere Wirkung entfalten.

Zudem sollte Deutschland seine Beziehungen zu regionalen Akteuren ausbauen, insbesondere zu den Golfstaaten, die zunehmend eigenständige, wenn auch teils ambivalente sicherheitspolitische Rollen einnehmen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Kuwait, Bahrain und Oman sind selbst Ziele, Durchgangsraum und wirtschaftliche Schaltstellen der aktuellen Krise. Sie haben kein Interesse an einer direkten Eskalation mit dem Iran, weil ihre Energieinfrastruktur, Häfen, Luftverkehrskorridore und Finanzplätze unmittelbar verwundbar sind und bereits mehrfach zu Angriffszielen wurden. Ihr Verhalten ist dabei weniger von einer gemeinsamen strategischen Linie geprägt (außer wenn es um die nukleare Aufrüstung des Iran geht) als von Risikobegrenzung. Während sie ebenso sicherheitspolitisch auf die USA angewiesen sind, versuchen sie zugleich, ihre Abhängigkeit durch eine stärkere Diversifizierung der Partnerschaften zu verringern. Wo China und Indien schon aktiv sind, sollten auch die europäischen Staaten unbedingt ansetzen. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Kooperation, sondern auch um politische und technologische Zusammenarbeit, etwa bei kritischer Infrastruktur. Auch der Ausbau wissenschaftlicher Kooperationen sollte gerade wegen der aktuellen Krisen in der Region ein wesentlicher Baustein für eine vertiefte Zusammenarbeit sein. Programme in den Bereichen Klima, Wasser und Energie könnten langfristig zur Stabilisierung beitragen und gleichzeitig neue Netzwerke schaffen. Gerade in Staaten wie den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien, die massiv in Forschung investieren, bestehen hier konkrete Anknüpfungspunkte.

Über all diese Maßnahmen hinaus verdeutlicht die Lage jedoch vor allem, dass Deutschland die Transformation seiner Energieversorgung konsequent vorantreiben muss, um seine eigene strategische Resilienz und damit auch seine nationale Souveränität deutlich zu erhöhen. Zur Verringerung von Abhängigkeiten gehören dabei mehrere miteinander verbundene Maßnahmen: Erstens ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien, der Netze und Speichertechnologien einschließt. Zweitens eine gezielte Batterieförderung und der Aufbau belastbarer [europäischer Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe](#) sowie der Hochlauf von grünem Wasserstoff dort, wo direkte Elektrifizierung nicht ausreicht. Und drittens eine breitere Diversifizierung von Lieferketten, Bezugsquellen für Flüssiggas, Raffinerieprodukten und strategischen Reserven. Entscheidend ist, diese Maßnahmen nicht nur als klima- oder industriepolitische Projekte zu behandeln, sondern als Bestandteil sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit.

Insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien reduziert nicht nur klimapolitische Risiken, sondern auch geopolitische Abhängigkeiten. Maßnahmen der Bundesregierung, die zum Verbrauch fossiler Energieträger wie Gas oder gar Öl und dem Erhalt betreffender Industrien beitragen, erhalten nicht nur die eigene Abhängigkeit von internationalen Energiemärkten, sondern schwächen zudem die eigene Verhandlungsbasis gegenüber Staaten wie Russland, den Golfstaaten oder eben auch den USA. Dies hat auch Auswirkungen auf sicherheitspolitische Entscheidungsfreiheit innerhalb der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Eine neue deutsche Nahoststrategie muss daher wissenschaftsnaher, koordinierter und stärker auf Kooperation ausgerichtet sein. Deutschland wird die Region nicht allein gestalten können, aber im Verbund mit anderen Mittelmächten kann die Bundesrepublik durchaus wieder an Einfluss gewinnen.

Stefan Lukas ist CEO des Analyse- und Beratungsunternehmens *Middle East Minds* mit Sitz in Berlin. Er lehrt regelmäßig an Universitäten zur Sicherheitspolitik des Nahen und Mittleren Ostens und ist Gastdozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.